

ISOR, »Stasi« und DIE LINKE.

Bertolt Brecht soll in seiner Wohnung im Schweizer Exil die Losung an eine Wand geheftet haben: »Die Wahrheit ist immer konkret!«

Der heute tonangebende Meinungsjournalismus braucht keine konkreten Fakten mehr. Er lebt von Klischees, Spekulationen, Gerüchten, tendenziösen Darstellungen, Manipulationen und Lügen. Auf diese Weise wurde Deutschland »Die verblödete Republik«, so der Titel eines Bestsellers von Thomas Wiczorek. Allein die Erwähnung des Unwortes »Stasi« erzeugt mittlerweile reflexartig ähnliche Assoziationen wie einst im Mittelalter ein Hinweis auf den »Leibhaftigen«.

Damit wird nicht nur die fortwährende politische und soziale Ausgrenzung ehemaliger hauptamtlicher und inoffizieller Mitarbeiter des MfS gerechtfertigt: die »Stasi-Keule« wurde zum wichtigsten Instrument, um DIE LINKE zu diffamieren, in Erklärungszwang zu bringen und ihr Politikfähigkeit abzusprechen. Demokratisch gewählte Abgeordnete werden zur Niederlegung von Mandaten, zum Austritt aus Parlamentsfraktionen und zu Demutsgesten genötigt.

Das »Stasi«-Thema überwuchert die ersten hundert Tage der ungeliebten rot-roten Regierungskoalition in Brandenburg und sollte sie offenbar gänzlich zerstören. Eiligst wurde sogar im Bundestag zum 28. Januar eine Aktuelle Stunde zu »Stasi-Verstrickungen« angesetzt, um ein erst in 23 Monaten (!) auslaufendes Gesetz zu »Stasi-Überprüfungen« – entgegen allen rechtsstaatlichen Verjährungs-Prinzipien – als für alle Ewigkeit geltend durchzudrücken.

Da das MfS schon vor mehr als 20 Jahren seine Tätigkeit unwiderruflich eingestellt hat, seine ehemaligen Mitarbeiter die Beseitigung der DDR friedfertig begleitet haben und auch heute nicht außerhalb der Rechtsordnung agieren, ist die »Stasi« – Phobie ausschließlich ein Produkt von Politik und Medien, die sich dabei mit Vorliebe auf selbsternannte »Revolutionswächter« stützen.

Nur vordergründig ist das MfS Gegenstand der Hysterie. Tatsächlich geht es um die Auslöschung aller positiven Erinnerungen an die DDR und der von ihr verkörperten sozialistischen Alternativen. Wenn heute ein großzügig staatlich subventioniertes Netzwerk einer förmlichen Erinnerungsindustrie aus Stiftungen und Gedenkstätten, der BStU und anderen Einrichtungen, assistiert von einer erdrückenden Mehrzahl meinungsbildender Medien anderslautende

Meinungen als »Geschichtsrevisionismus« anprangert, dann soll damit jede differenzierte Einschätzung zur DDR-Geschichte bereits im Ansatz unterbunden werden. Alles, was den Deutungen der DDR als Reich der Finsternis, als »Unrechtsstaat« oder einer zweiten deutschen Diktatur widerspricht, soll von vornherein abqualifiziert und der heute real existierende Kapitalismus als Ende der Geschichte gesehen werden.

Nun hat sich allerdings auch die Partei DIE LINKE bisher nicht eindeutig zur Geschichte der DDR bekannt, wie sich zuvor schon die PDS selbst auch angreifbar gemacht hatte durch allerlei Entschuldigungen, die niemand so recht nachvollziehen konnte und wohl zu viele der aufgestellten Geßler-Hüte begrüßt. Sicher wird die anstehende Debatte zu ihrem Grundsatprogramm ihr die Chance für eine Klärung auch dieser Fragen bieten und sie wird eine Antwort geben müssen, ob und wie sie von anderen etablierten Parteien unterscheidbar bleiben will. War also die DDR der ehrenwerte Versuch einer gesellschaftlichen Alternative zur Diktatur des großen Geldes, war sie ein mutiger Schritt zur Schaffung einer friedlichen, sozial gerechten und humanen Gesellschaftsordnung oder ist alles, was mit der DDR verbunden ist, prinzipiell abzulehnen?

Wer die Legitimität der DDR anerkennt, kann ihr das Recht zur Verteidigung ihres Systems gegen äußere und innere Feinde nicht absprechen. Die Haltung zum MfS und zu seinen ehemaligen Mitarbeitern ist also nicht die primäre, sondern eine abgeleitete Frage.

Die Klärung des Verhältnisses zur DDR ist nicht gleichbedeutend mit Nostalgie. Fast noch wichtiger als die Bewahrung positiver Erfahrungen ist die Analyse der Ursachen des Scheiterns, nicht nur der DDR sondern des sowjetischen Sozialismus-Modells.

Oskar Lafontaine hat schon vor Jahren erklärt, dass ein erneuter Sozialismus-Versuch in Europa vor allem zwei Fragen beantworten müsse: Machtkontrolle und Produktivität. Das gilt es zu vertiefen.

Nur wenn die Enkel aus den Fehlern in der Geschichte lernen, können sie es besser ausfechten.

★

Was hat das alles mit ISOR zu tun, warum äußern wir uns zu Fragen, die vor allem Sache der Partei DIE LINKE sind?



**Allen ISOR-Frauen
übermitteln wir herzliche
Grüße anlässlich
des Internationalen
Frauentages**

Frau Dr. Gesine Löttsch hat als kandidierende Ko-Vorsitzende der Partei DIE LINKE inzwischen zahlreiche Interviews geben müssen. Darunter war erstaunlicherweise kaum eines, in dem sie nicht aufgefordert wurde, sich zu ihrem Verhältnis zur »Stasi« und auch ganz speziell zu ISOR zu erklären. ISOR wurde bei den Medien nahezu zum Kriterium der Politikfähigkeit der Partei DIE LINKE.

Der Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Wolfgang Wieland griff in der bereits erwähnten Aktuelle Stunde des Bundestages am 28.01.2010 DIE LINKE und Dr. Gesine Löttsch persönlich mit den Worten an: »... Die Stasi war Ihr Auftragnehmer, Schild und Schwert Ihrer Partei. Das müssen Sie endlich klären. Stattdessen geht Ihre designierte Parteivorsitzende Gesine Löttsch zur Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR. Das tut sie nicht etwa, um denen die Meinung zu sagen, um gegen Geschichtsrevisionismus vorzugehen, sondern um sich dort als Heilige Johanna der Alttschekisten abfeiern zu lassen. Das ist ein Skandal, dazu müssen Sie Stellung nehmen.«

Und Frau BIRTHLER hatte schon am 4. Januar 2010 im »Spiegel« gemeint: »... ich frage mich immer: Wie hält es jemand, der sich wirklich konsequent mit der eigenen Verantwortung oder Schuld auseinandergesetzt und das politische System der DDR durchschaut hat, in einer Partei aus, die nach wie vor die politische Heimat unzähliger rückwärtsgewandter Genossen ist? Wie kommt so jemand mit der kommunistischen Plattform klar und damit, dass die Partei sich nicht klar von den Vereinen der Obristen oder von ISOR, dem mitgliederstarken Verband der Waffenträger der DDR, distanziert? Ich beurteile Parteien nicht nur nach Beschlusslagen, sondern auch danach, mit welcher Klientel sie es sich auf keinen Fall verderben wollen. Versöhnung braucht nicht nur die ausgestreckte Hand, sie verlangt auch den klaren Bruch mit der Vergangenheit.«

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

Da **ISOR aktuell** auch außerhalb unseres Vereins – wie wir wissen –, fleißig gelesen wird, dazu diese Bemerkungen: ISOR ist – festgelegt in seiner Satzung – ein Sozialverein. Er ist nicht Rechtsnachfolger eines oder mehrerer Ministerien der DDR, sieht sich nicht als Nachfolgeorganisation oder Traditionsverband ihrer bewaffneten Organe oder der Zollverwaltung der DDR und beschäftigt sich auch nicht mit der Deutung von Geschichte. Seine Mitglieder sind ehemals und aktuell Betroffene des Rentenstrafrechtes, dessen endgültige Überwindung das hauptsächliche Vereinsziel ist.

Seit Gründung von ISOR sind mehr als 8.000 seiner Mitglieder verstorben. Neue Mitglieder kommen vor allem aus Kreisen der heute noch rentenrechtlich diskriminierten ehemaligen Angehörigen des MfS und ihrer Hinterbliebenen. Daraus resultiert ein aktuell hoher Anteil dieser Personengruppe an der Mitgliedschaft. Im Vorstand sind dem entsprechend zwei Drittel der Mitglieder ehemalige Angehörige des MfS. Der Vorsitzende ist ehemaliger Transportpolizist, einer der beiden Stellvertreter kommt aus der Zollverwaltung der DDR. Würden in der Bundesrepublik Deutschland die eigene Verfassung, das Grundgesetz, insbe-

sondere das Gebot der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und das Verbot der Benachteiligung wegen politischer Anschauungen ernst genommen, brauchte es ISOR überhaupt nicht zu geben.

ISOR ist weder ein »Transmissionsriemen« der Partei DIE LINKE in außerparteiliche Kreise, noch hat ISOR eine irgendwie geartete Kompetenz gegenüber dieser Partei. Wie schon von Anfang an die PDS hat DIE LINKE die Überwindung noch vorhandener Ungerechtigkeiten bei rentenrechtlichen Regelungen für DDR-Bürger als politischen Auftrag angenommen und hatte z.B. dem Bundestag 17 in der Fraktion einstimmig beschlossene Anträge zu diesem Thema vorgelegt, die dort im Mai 2009 mehrheitlich mit zum Teil abenteuerlichen Begründungen abgewiesen wurden. Dazu gehörten auch Vorschläge zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes.

Für die jetzige Legislaturperiode hat DIE LINKE – schon bei der Abweisung ihrer Anträge im Mai 2009 – durch ihren Fraktionsvorsitzenden Gysi im Bundestag angekündigt, diese Probleme erneut vorzulegen.

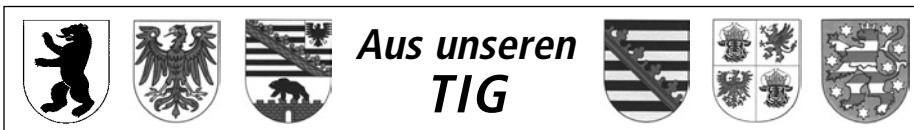
Hier und beim gemeinsamen Kampf von Verbänden und Vereinen für soziale Gerechtigkeit, gegen Sozialabbau und vor allem bei ihrer konsequenten Haltung als Antikriegspartei lie-

gen die Gemeinsamkeiten und die wichtigsten Felder der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung.

Das schließt verschiedene Meinungen und auch Differenzen auf anderen Gebieten nicht aus, womit man sicher leben muss. Dazu zählt z.B. auch, dass eine der Partei DIE LINKE nahestehende sozialistische Tageszeitung die Übergabe von mehr als 73.500 Unterschriften für eine Sammelpetition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit keiner Zeile vermeldete, obwohl ihr natürlich unsere Presseerklärung zugegangen war.

Entscheidend für uns aber bleibt immer, was uns eint, nicht das, was uns – scheinbar oder tatsächlich – trennt, – die Gemeinsamkeiten und der praktische gegenseitige Nutzen der Zusammenarbeit, die weitgehende Übereinstimmung unserer Mitglieder mit der Programmatik der Partei DIE LINKE, die von der Mehrzahl der Medien – offenbar auftragsgemäß – unisono nicht einmal wahrgenommen werden darf.

Wohl die meisten Mitglieder der ISOR sympathisieren mit der Partei DIE LINKE. Welche andere Partei mit Aussichten auf eine parlamentarische Vertretung ihrer sozialen Interessen gäbe es denn wohl sonst? □



Die TIG **Quedlinburg** hat die letzten Monate 2009 intensiv für eine umfassende Auswertung der Vertreterversammlung in Verbindung mit der insgesamt positiv abgeschlossenen Unterschriftenaktion genutzt, um die Ergebnisse derselben als Schwungmasse mit ins neue Jahr zu nehmen.

Bereits vier Tage nach der Vertreterversammlung wurden in einer Vorstandssitzung die Eckpunkte der Gestaltung der Arbeit in unserer TIG für 2010 beraten und festgelegt. Auf dieser Grundlage entstand der Entwurf des Arbeitsplanes, der eine Woche später in Zusammenhang mit der vom stellv. TIG-Vorsitzenden vorgenommenen Auswertung der Vertreterversammlung den Mitgliedern bereits nähergebracht und erklärt wurde.

Zur Vorstandssitzung am 09.12.09 lag dann der Arbeitsplan 2010 unserer TIG zur Bestätigung vor, so dass wir unser Ziel, den Plan mit der Dezemberausgabe von ISOR-aktuell allen Mitgliedern zugänglich zu machen, erreicht hatten.

Der Plan widerspiegelt, zugeschnitten auf unsere TIG, die grundsätzlichen Orientierungen der Vertreterversammlung sowie die Schlussfolgerungen aus der Unterschriftenaktion. Bekanntlich hat unsere TIG mit 7,25 Unterschriften pro Mitglied und unserem Freund Wolfgang Heinz mit 143 Unterschriften als Spitzenreiter, ziemlich

erfolgreich abgeschnitten, wengleich nur 75 Prozent der Mitglieder daran beteiligt waren.

Nicht nur deshalb haben wir uns als wichtigste Aufgabe die Neugestaltung der Aktionsfähigkeit unserer TIG gestellt, um möglichst nie das Bestehen unserer TIG perspektivisch einmal in Frage stellen zu müssen. Zudem wollen wir bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechtes im Rahmen des dazu erforderlichen rechtlichen und politischen Kampfes von ISOR auch weiterhin als TIG Quedlinburg unseren Beitrag leisten.

Aus unterschiedlichen Gründen war bei der Auswertung der Vertreterversammlung zur besagten Mitgliederversammlung eine Reihe von Freunden nicht anwesend. Wir haben uns daraufhin entschlossen, eine Sonderinformation über den jetzigen Stand der juristischen Auseinandersetzung und ihrer Hintergründe, ähnlich wie es auf der Vertreterversammlung sowohl im Referat als auch in der Diskussion zum Ausdruck kam, verbunden mit eigenen erklärenden Ergänzungen, zu erarbeiten. Diese ausführliche Information wurde mit der Januar-Ausgabe von ISOR-aktuell allen Freunden, welche Mitarbeiter des MfS waren und nicht an der Auswertung teilgenommen haben, übergeben.

Wir wollen damit insbesondere eine Informationslücke bei den noch im Arbeitsprozess

befindlichen TIG-Mitgliedern schließen, denen es kaum möglich ist an Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Außerdem erhoffen wir uns mit dieser Information dem hier und da aufkommenden Pessimismus entgegenzuwirken, begründeten Optimismus für die Beseitigung des Rentenstrafrechtes zu verbreiten und durch die Kontakte unserer Freunde möglichst noch Abseitsstehende als neue Mitglieder zu gewinnen.

Heinz Tischner



Unsere Mitgliederversammlung der TIG **Suhl** begrüßte als herzlich willkommene Gäste u.a. Prof. Dr. Bischoff stellv. Vorsitzender von ISOR, Ina Leukefeld Abgeordnete des Thüringer Landtages, Dr. Hans Arway Vorsitzender der Koordinierungsgruppe der Suhler Vereine und Verbände.

Mit viel Beifall wurde eine Grußadresse von Egon Krenz an unsere Versammlung aufgenommen, in der er u.a. allen Mitgliedern und ihren Familienangehörigen die Solidarität bekundet, Erfolg in unserem Kampf und im neuen Jahr vor allem stabile Gesundheit wünschte.

Für die Wiederherstellung von Gerechtigkeit leisten wir als ISOR einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen das Rentenstrafrecht im Bewusstsein mit der solidarischen Unterstützung durch andere Vereine und Verbände.

Prof. Dr. Horst Bischoff erläuterte ausführlich den Verlauf und die Ergebnisse der Vertreterversammlung und aktuelle Aspekte zum Stand unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. Neben Aspekten unserer Haltung zu den Linken

und speziell zur Partei DIE LINKE hob er hervor: Die Sammelpetition gegen § 6 Abs. 2 und § 7 AAÜG an den Bundestag war ein voller Erfolg. Die über 73500 Unterschriften wurden dem Petitionsausschuss durch den Vorstand übergeben. Es wird eine öffentliche Anhörung erwartet, auf der wir unsere Argumente vorbringen können. Ungebrochener Widerstand, auch durch Unterstützung zahlreicher nicht vom Rentenstrafrecht Betroffener, soll den juristischen Weg nachhaltig befördern.

Auf dem Weg zum Bundesverfassungsgericht sind wir im Jahr 2009 weiter vorangekommen. Trotz Abweisung von Klagen durch Sozialgerichte in Berlin sind zurzeit vier Verfahren am Bundessozialgericht anhängig. Damit ist der Weg frei zum Bundesverfassungsgericht. Zeitraum und Termine können weder von ISOR noch den Anwälten beeinflusst werden. Deshalb ist weitere Ausdauer und Kampfbereitschaft gefragt. Der Erfolg für unser gerechtes Anliegen ist nur gewährleistet, wenn der Kampf bis zum Ende geführt wird.

Sechs Vereinsfreunde wurden durch Prof. Dr. Bischoff im Auftrag des Vorsitzenden von ISOR Horst Parton mit einer Ehrenurkunde für besonders hohe Aktivitäten bei der Unterschriftenaktion ausgezeichnet.

In der anschließenden Diskussion versicherte Ina Leukefeld ihre volle Solidarität und Unterstützung für unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe Dr. Arway hat den konstruktiven Beitrag von ISOR innerhalb der Koordinierungsgruppe hervorgehoben, bezeichnete § 6 Abs. 2 und § 7 AAÜG als verfassungswidrig und versicherte die volle Unterstützung der Verbände und Vereine bis zur Beendigung des Rentenstrafrechts.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete am Ende der Veranstaltung eine Willenserklärung der TIG Suhl, in der die volle Unterstützung für den eingeschlagenen Weg des Vorstandes zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts zum Ausdruck kommt. **Gerhard Neupert**

★

Vorsitzende und Kassierer der TIG **Angermünde, Eggesin, Pasewalk, Prenzlau, Schwedt** und **Templin** trafen sich Mitte Februar in Prenzlau mit dem Vereins-Schatzmeister Peter Speck. Beiratsmitglied Werner Liefke, Initiator des Treffens, überreichte dem Templiner TIG-Vorsitzenden Heinz Matzdorf und dessen Stellvertreter Bernd Mitzlaff Ehrenurkunden des ISOR-Vorstandes. Beide hatten mit einem hohen persönlichen Einsatz zum Erfolg der Unterschriftenaktion für die Sammelpetition an den Deutschen Bundestag beigetragen.

Im Mittelpunkt eines Meinungsaustausches stand natürlich die Frage: Welche weiteren Schritte von ISOR folgen nach der Übergabe der Petition an den Petitionsausschuss des Bundestages? Peter Speck, der Auskünfte über die

weiteren politischen und vor allem juristischen Schritte gab, hob das sehr beachtliche Ergebnis von 73.566 Unterschriften von unterstützenden Personen für die Sammelpetition hervor. Als Alternative verbleibe, den Kampf gegen das Rentenstrafrecht besonders juristisch weiter zu führen. Als Chance bezeichnete der Gast das Grundgesetz, das die Würde des Menschen als unantastbar bestimmt.

Den Kassierern der vertretenen sechs TIG bescheinigte der Schatzmeister, dass die Finanzen bei ihnen in guten Händen seien – es gäbe keine Beanstandungen. Zugleich verwies er auch darauf, dass ISOR mit einer stabilen Finanzsituation aufwarten könne. Mit nach Hause nahmen die Kassierer Hinweise zur Verwendung des 15%igen Anteils aus dem Aufkommen von Beiträgen und Spenden für die Arbeit in den TIG.

Benno Butschalowski

★

Als ich als Vorsitzender meiner TIG **Berlin Köpenick** in die Augen der Mitglieder und Gäste blickte, die sich im vollbesetzten Kinosaal »Union«, Friedrichshagen zu unserer Jahreshauptversammlung eingefunden hatten, fiel mir ein Ausspruch des griechischen Philosophen Demokrit ein: »Gleichheit der Gesinnung erhält die Freundschaft!« Und dann dachte ich an die optimistische Aussage von Horst Parton, dass das Ende unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht näher gerückt ist und wir hoffen, dass dieser Kampf zu Gunsten der Betroffenen ausgeht. So hatten wir als Vorstand dies auch als Motto für die Einladung gewählt. Prof. Dr. Horst Bischoff, der in Auswertung der Vertreterversammlung zum aktuellen Stand des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht sprach, appellierte in überzeugender Weise, dass wir unseren Weg bis Karlsruhe letztlich nur durchstehen, wenn wir alle solidarisch zusammenstehen. Ich dachte mir, wenn wir dieses große Ziel erreichen wollen, dann gehört auch dazu, dass es vor allem die so genannten kleinen Dinge weiter in Ordnung zu halten gilt, wie etwa stabile Basisgruppen, eine solide Beitragsdisziplin und aktive Mitarbeit in allen Verbänden und Organisationen des Territoriums zu garantieren. Wenn es »unten« nicht stimmt, so war unsere Devise, kann »oben« weder der Vorstand noch ein Rechtsanwalt Wirksames auf den Weg bringen. Das Dreifache der Mitgliederstärke bei der Unterschriftenaktion (drei Aktivisten erhielten stellvertretend für viele eine Ehrenurkunde), jährlich ca. 1500 € Spenden durch die Mitglieder (mancher könnte es auch bitter für sich selbst und seine Familie benötigen) und zu allen Mitgliedern über 20 Jahre dauerhafte feste Kontakte durch treue Basisgruppenleiter (drei sind bereits über 80 Jahre alt), das hatten wir unter anderem auf den Tisch der Jahreshauptversammlung zu legen. Vom Rentenunrecht und sozialer Benachteiligung sind viele Menschen um uns herum betroffen. Letztlich sind wir in dieser Hinsicht nur dann er-

folgreich, wenn wir gemeinsam diesen Kampf führen und uns über jeden Erfolg des Anderen freuen. Das drückte der Beitrag von Eberhard Rehling aus dem »Sozialen Arbeitskreis« in besonderer Weise aus. Gregor Gysi hatte uns bereits im Oktober 2009 in einem Antwortschreiben auf unsere Glückwünsche zum Wahlsieg versichert, dass die »Linkspartei nach wie vor mit uns gemeinsam gegen das Rentenstrafrecht streiten wird«.

Selbstlos streiten und verlässlich kämpfen für unsere Ziele, das haben wir dem engagierten Beitrag unseres Freundes Hartwig Müller entnommen. Er beschäftigt als Mitglied einer Arbeitsgruppe des Vorstandes nun schon längere Zeit Landtage, Sozialgerichte, Polizeidirektionen, Petitionsausschüsse, usw. mit dem Problem der Zulagen und Zuschläge sehr hartnäckig und bringt diese Institutionen oftmals in Erklärungsnot. Die Ausschussvorsitzende des Landtages von Sachsen-Anhalt hatte offensichtlich solche, indem sie in ihrer Antwort zum Ausdruck brachte, dass die Petition »eher als Solidaritätsbekundung denn als Betroffenheit« einzuschätzen sei. Genau das zeichnet uns aber aus. An andere denken und auch für andere eintreten. Eine solche Äußerung lassen wir uns gern gefallen.

Höhepunkt und zugleich würdiger Abschluss unserer Beratung war schließlich das Auftreten dreier verdienstvoller Gäste, deren Erscheinen alle Teilnehmer unserer Beratung in erster Linie als Würdigung und solidarischen Beistand der Arbeit unserer Organisation verstanden: Prof. Dr. Georg Grasnack, Mitglied des Europäischen Friedensforums, Dr. Jochen Mitdank, ehemaliger Botschafter der DDR und Herrmann Falk, ehemals Generaldirektor der Konzert- und Gastspielproduktion der DDR, jetzt Musik- und Konzertproduzent. Herrmann Falk appellierte in emotionaler Weise an uns alle, ihn bei der Organisation eines Konzerts des Moskauer Sinfonieorchesters am 5. Mai 2010 im Großen Saal des Konzerthauses zur Würdigung des 65. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ein volles Haus zu garantieren. Alle von ihm angesprochenen staatlichen Institutionen sahen bisher keine Möglichkeit der Unterstützung, denn leider wird der 8. Mai in Deutschland offiziell immer noch nicht als ein Tag der Befreiung begriffen und gewürdigt.

Wir haben den Aufruf verstanden. Das sind alle Mitglieder unserer ISOR-Tagung, außerdem die Vorsitzenden der GBM, der GRH, der Volkssolidarität, die Vertreter des Bundes der Antifaschisten und Vertreter weiterer Vereine und Zusammenschlüsse, die alle unserer Einladung gefolgt waren. Dass wir auch zukünftig zusammenstehen und solidarisch handeln, brachte auch die kleine Fotoausstellung im Kinosaal über unsere nun schon über Jahre gemeinsamen Reisen mit Freunden aus anderen TIG zum Ausdruck.

Klaus Buchner

Aus der Postmappe:

Mit großem Interesse habe ich die Beilage in **ISOR aktuell** 02/2010 gelesen. Dr. Wolff behandelt sehr sachkundig ein hochaktuelles Thema. Die Landesbischöfin der evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Frau Ilse Junkermann, machte ein Versöhnungsangebot mit Täter-Opfer-Gesprächen. Im Vorstand unserer TIG sprachen wir darüber, ob wir dieses Angebot annehmen. Ein derartiges Gespräch setzt ein Schuldbekennnis voraus. Für manche Leute ist schon die Tätigkeit beim MfS eine Schuld, für die sie ein Leben lang büßen müssten.

Das zeigte sich besonders in der MDR-Sendung »Fakt ist ...« am 14.12.09. Der Stasi-Beauftragte von Sachsen-Anhalt, Anden sprach der DDR das Recht auf Sicherheit ab. Die Aussprache des Abgeordneten der Linkspartei aus Frankfurt (O) Axel Henschke mit einem Opfer wurde von Anden und auch von Knabe überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, auch nicht, dass sie heute Tür an Tür wohnen und freundschaftlich miteinander umgehen.

Der ehemalige Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt von B90/DIE GRÜNEN, Hans-Joachim Tschische schrieb dazu in der Magdeburger Volksstimme: »*Versöhnung verlangt keine Gegenleistung. Selbstgerechte, die ganze Menschengruppen in Schubladen der Verurteilung ablegen, werden von tiefsitzendem Hass gesteuert.*«

Eine Antwort von Anden gab es nicht.

Es ist für mich unverständlich, wie Linkspolitiker wie Klaus Lederer von furchtbaren Verbrechen der Stasi sprechen können.

Nach Rechtsanwalt Wolff gab es 20 Verurteilungen von ehemaligen MfS-Angehörigen. Mehr war trotz des großen Aufwands mit einer besonders dazu gebildeten Staatsanwaltschaft nicht möglich. Dr. Wolff schreibt sehr richtig, dass es eine Kollektivschuld nicht gibt.

Dies alles bedenkend kommen wir zu dem Schluss, uns nicht an Frau Junkermann zu wenden.

Was wollen und können wir tun, um öffentlich wirksamer zu werden? Gibt es überhaupt Möglichkeiten, wo doch die Medien bis auf wenige Ausnahmen uns nicht freundlich gesonnen sind?

Wir müssen etwas tun, die geringen Möglichkeiten zu nutzen. Eine ist, mehr als bisher Leserbriefe zu schreiben, um die Öffentlichkeit zu erreichen. Wichtig sind Gespräche mit Kindern, Enkeln und Bekannten und Zeitzeugenberichte. Es sind nur wenige Personen, die über die Arbeit in der DDR wahrheitsgemäß berichten können.

Wir halten es für wertvoll, Bücher, wie das von Kirstein und Schramm »Freischützen des Rechtsstaates« weiter zu empfehlen, anderen Leuten zum Lesen zu geben.

Und nicht zu vergessen: Unsere Anliegen und Meinungen sollten wir den Abgeordneten des Bundestages im Wahlkreis mitteilen.

Meinungsmacher wie Knabe und Anden sollten unsere Meinung auch kennen, ob sie uns antworten oder nicht, sei dahingestellt.

Das Jahr 2010 wird uns noch viele Anlässe dazu geben. **Siegfried Korth, Magdeburg**

★

Das der ISOR aktuell beigelegte Schriftstück von Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff hat in unserer TIG spontan Begeisterung ausgelöst. Im Namen unserer Vorstandsmitglieder bedanke ich mich für diese motivierende Initiative.

Ich habe heute dieses Dokument situationsbezogen mit einem entsprechenden Brief an einen Schmähleserbriefschreiber (bezogen auf das MfS) der »Ostthüringer Zeitung« und mit Anschreiben an jenen Chefredakteur übersandt.

Es ist sehr nützlich, allen Mitgliedern dieses Dokument in die Hand gegeben zu haben.

Wolfgang Willms, Gera

★

Heideruh braucht Hilfe

Das Wohn- und Ferienheim Heideruh, viele unserer Mitglieder kennen es bereits, führt vom 24. bis 30. April eine Bauwoche für »Jung und Alt« zur Modernisierung durch. Dafür werden noch fleißige Helferinnen und Helfer benötigt, vor allem Maurer, Streicher, Holzbauer, Tüftler Allroundgenies, Elektriker, Fliesenleger. Interessenten melden sich bitte im Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.

Ahornweg 45, 21244 Buchholz i. d. N.

Tel.: 04181 8726, Fax: 04181 281142

Mail: info@heideruh.de

Internet : www.heideruh.de

★

Militärverlag wieder zu Hause

Der ehemalige Militärverlag der DDR ist wieder zurück.

Frank Schumann und Matthias Oehme haben alle Rechte erworben, die diesem Verlag seit seiner Gründung 1956 gehörten.

Der Verlag wird in die Eulenspiegel Verlagsgruppe integriert und an die edition ost angebunden. Er wird »Militärverlag« heißen.

Die Verleger planen das erste Halbjahresprogramm für den Herbst 2010.

Verlegerische Schwerpunkte werden sein:

➤ Wiederauflage von Werken des progressiven deutschen und internationalen Militärwesens, seiner Theorie und Geschichte von Clausewitz bis zur Gegenwart,

➤ die Geschichte der Nationalen Volksarmee (Biografien, Chroniken von Waffengattungen, Truppenteilen und Verbänden, NVA und Warschauer Vertrag u.a.),

➤ aktuelle deutsche und internationale Militär- und Sicherheitspolitik,

➤ Regionale Militärgeschichte.

Das Credo des Verlages lautet:

»Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, sondern muss Frieden ausgehen!«

Zahlreiche bekannte ehemalige Generale und Offiziere der NVA haben bereits die Wiederbelebung des Militärverlags begrüßt und unterstützen das Vorhaben.

Dazu zählen u.a. die ISOR-Mitglieder Admiral a.D. Theodor Hoffmann, die Generale a.D. Manfred Grätz und Manfred Volland sowie Oberst a.D. Dr. Wolfgang Wünsche.

Manfred Volland

Aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus präsentiert das

Moskauer Symphonie Orchester

Dirigent: Arkady Berin

am 5. Mai 2010 / Beginn 20.00 Uhr / im Konzerthaus Berlin

(Schauspielhaus am Gendarmenmarkt)

Ludwig van Beethoven: Egmont-Ouvertüre und Klavierkonzert Nr. 5

Peter Tschaikowsky: Violinkonzert D-Dur und Finale der 4. Sinfonie

Solisten: Vadim Cholodenko, Klavier und Nikita Borisoglebski, Violine

Veranstalter ist: **Cantica Musik- und Konzertproduktion**

Inh.: Hermann Falk, Tel. 030 / 2067-2804

Da angesprochene staatliche Institutionen bisher keine Möglichkeit der Unterstützung des Vorhabens sehen, führt der Veranstalter erneut ein derartiges Konzert auf eigenes finanzielles Risiko durch.

ISOR unterstützt solidarisch dieses Vorhaben und ruft deswegen seine Mitglieder vor allem im Großraum Berlin auf, gemeinsam mit Freunden, Bekannten und Sympathisanten für ein ausverkauftes Haus sorgen zu helfen.

Wir wollen durch den gemeinsamen Besuch ein anspruchsvolles und populäres Konzert

erleben und gleichzeitig unseren Dank ausdrücken an die Völker der Sowjetunion, verbunden mit unserer Mahnung gegen wachsende Geschichtsverfälschung und Rechtsextremismus.

Kartenvorverkauf: Konzerthaus Berlin
Tel. 030 / 20309-2101, Fax 030 / 20309-2233
und an allen Theaterkassen und über das Internet bei Ticket-online bzw. Eventim
(Preisgruppen zwischen 15 Euro und 42 Euro, zzgl. VVG).

Die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. wandte sich mit einem Spendenaufruf an die Öffentlichkeit: Am 11. April wird der 65. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald begangen. Um hochbetagten ehemaligen Häftlingen, Angehörigen und Hinterbliebenen ehemaliger Häftlinge und vielen Interessenten die Teilnahme an diesem bedeutsamen Treffen zu ermöglichen, sind erhebliche Mittel vonnöten. Wir wenden uns mit der Bitte an Sie, unser Vorhaben finanziell zu unterstützen.

Bankverbindung:

Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00
Kto.Nr.: 7 219 906 000
Kennwort: 11. April 2010
(Auf Wunsch Ausstellung von Spendenquittungen)

Günter Pappenheim, Vorsitzender

Auf dem Büchermarkt:

Hans-Jürgen Bunk / Andreas H. Buchwald

Magie eines Zimmers oder Der Strick ist abgekaut

Ein Gespräch

(verlag am park in der edition ost, Berlin 2009)

ISBN 978-3-89793-235-7

156 Seiten, Preis 12,90 Euro

Die Autoren, ein früherer NVA-Bausoldat (Jahrgang 1957) und ein ehemaliger Mitarbeiter des MfS (Jahrgang 1953), versuchen, gemeinsam anhand ihrer Lebensläufe die eigene Geschichte aufzuarbeiten, – und zwar in Form wechselseitiger Befragung und in Respekt gegenüber der Biographie des jeweils anderen.

Das Unternehmen reizt zu Einsprüchen und auch zum Widerspruch. Zugleich: man muss ihren Wertungen nicht folgen, – das wird wohl auch nicht erwartet. Und man mag kritisch stehen zu 25 bis 30 Jahre später aufgeschriebenen Erklärungsversuchen früherer Motivlagen, – ein mutiges Unternehmen ist es allemal und löblich wohl auch. Ihre Schlussfolgerungen und Ansichten weichen von jeweils veröffentlichter Meinung beider Milieus ab, – damals und heute. Vielleicht aber liegt gerade in der subjektiven Darstellung und Bewertung von Erlebnissen, die zumindest nicht den Anspruch erheben, Geschichte zu sein oder interpretieren zu wollen, der Wert ihres Unternehmens. Und darin, dass man nicht übereinander redet, sondern miteinander.

Guntram König (Hrsg.) Bernd Biedermann
Frontstadt Berlin

Vom Potsdamer Abkommen bis zum Mauerbau
(Dokumente, Fakten, Zeugnisse und Bilder)

Helios Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft,
Aachen 2010,

180 Seiten, 147 Abbildungen,

ISBN 978-3-86933-017-4, Preis: 19,90 Euro.

20 Jahre nach der Grenzöffnung und kurz vor dem 50. Jahrestag ihrer Schließung ist es Zeit für eine realistische Betrachtung der jüngeren deutschen Geschichte, frei von phantasievoller ideologischer Legendenbildung und einseitiger Schuldzuweisung.

Warum und wie kam es zur Spaltung Deutschlands? Wer hat jeweils agiert, wer reagiert? Welche Ziele verfolgten die Großmächte in den Jahren des Kalten Krieges? Wie kam es zur Währungsreform, und wie verlief sie tatsächlich? Was bedeutete die Blockade für West-Berlin, und was brachte die Luftbrücke den Berlinern, was den Amerikanern?

Anhand von Dokumenten, Fakten, Zeugnissen und Bildern werden wichtige Ereignisse und Entwicklungen der Nachkriegsperiode in Erinnerung gerufen. Ein Teil dieser Dokumente ist noch nie veröffentlicht worden.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 24.02.2010

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.03.2010

Einstellung im Internet: 09.04.2010

Auslieferung: 15.04.2010

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr